

## 6. Deutsche Außenpolitik, 1871-1890

### 0. Übersicht

1. Das saturierte Reich
2. Das imperialistische Reich
3. Das bedrohte Reich

### 1. Das saturierte Reich

Für die deutsche Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts stand der Staat im Mittelpunkt des Interesses. Ranke, Droysen, Sybel, Treitschke und andere etablierten damit eine Vorstellung von Geschichte, die nicht nur jahrzehntelang die deutsche Historiographie dominierte, sondern auch auf die gesamte europäische Geschichtswissenschaft ausstrahlte. Ausgehend von der Philosophie Hegels und seiner Epigonen wurde der Staat zum Zentrum der geschichtsmächtigen Kräfte, zum alles bestimmenden Gehäuse, innerhalb dessen Männer, "Staatsmänner", Geschichte machten. Es waren die Interessen des Staates, auf die Politik und Geschichte zugeschnitten werden sollten. In der konkreten Situation des 19. Jahrhunderts hieß das für die genannten Historiker in erster Linie der preußische und später der kleinste Staat. Dem Staat wurde dabei eine eigene Wesenhaftigkeit zugesprochen, ja er wurde als dominierender Faktor der Geschichte überhöht. Die Staatsräson, also das vernunftmäßige Handeln im Interesse des Staates, wurde zum Maßstab für die Beurteilung der aktuellen Politik, wie auch der Geschichte. Diese Deutung der Dinge konnte sich nicht nur auf alte Traditionen berufen, die bis auf Macchiavelli und Richelieu zurückgingen. Sondern sie fand auch Bismarcks Prinzip der Realpolitik, der kühl berechnenden Kunst des Machbaren im Interesse des Staates, ihre zeitgenössische Entsprechung. Diese Geschichtsauffassung war so mächtig, daß sie noch in den 1950er und 60er zum Leitmotiv für Gerhard Ritters vierbändiges Meisterwerk "Staatskunst und Kriegshandwerk" wurde. Selbst in der Gegenwart können sich Historiker wie Klaus Hildebrand und Gregor Schöllgen von diesen Vorstellungen nicht wirklich lösen. Henry A. Kissinger hat das Konzept der Staatsräson in den USA zu verbreiten gesucht und in seiner Amtszeit als Mitglied der Nixon- und Ford-Administration zum Grundprinzip der US-Außenpolitik erhoben. Der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, der seine Memoiren bezeichnender Weise mit "Menschen und Mächte" betitelte, war sich mit seinem amerikanischen Partner in dieser Grundauffassung vollständig einig.

Wenn der Staat aber sozusagen ein Ding an sich, die höchste und zentrale Einheit im wechselvollen Lauf der Geschichte war, dann stellten die Beziehungen zwischen den Staaten die höchste Ebene der Politik dar. Der

Historismus, wie man die von Ranke begründete Geschichtsauffassung nennt, derzufolge der Staat die geschichtlich gewordene Individualität darstellt, postulierte deshalb einen unbedingten Primat der Außenpolitik. So galt denn Diplomatiegeschichte lange Zeit als die gewissermaßen edelste Form der Geschichtswissenschaft.

Natürlich gab es zu dieser Geschichtsauffassung schon unter Zeitgenossen kritische Gegenmodelle. So entwickelt z.B. Karl Lamprecht das Konzept einer Kulturgeschichte, in dem die Rolle des Staates erheblich reduziert wurde und das heutzutage eine kräftige Renaissance erlebt. Karl Marx und Friedrich Engels betrachteten den Staat gar nur als variablen Überbau der sozioökonomischen Basis des Geschichtsprozesses, wobei die Geschichte nichts als die Geschichte der Klassenkämpfe sei. Der Soziologe Max Weber hat diesen Ansatz prinzipiell aufgegriffen und in Richtung auf eine differenzierte Sozialgeschichte weiterentwickelt.

Dennoch blieb die Idee vom Primat der Außenpolitik zumindest in der dten Geschichtswissenschaft dominant. Erst ab Mitte der 60er Jahre begann in der BRD ein neuer Trend an Boden zu gewinnen. Es war Hans-Ulrich Wehler, der die von ihm neu edierten Aufsätze mit dem programmatischen Titel "Primat der Innenpolitik" versah und in seinem 1973 erschienen Buch das Deutsche Kaiserreich, den neuen Ansatz verschärfte. Wehler griff dabei auf Marx und v.a. Weber zurück, als er versuchte zu zeigen, daß die Außenpolitik des Kaiserreichs von innen- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten bestimmt wurde, ja ganz unter dem Eindruck interessenspolitischer Machtkämpfe stand. Seit damals tobt ein beinahe als ideologischer Grabenkrieg zu bezeichnender Konflikt innerhalb der Geschichtswissenschaft, namentlich in Bezug auf die Beurteilung der Außenpolitik des Kaiserreichs. Dabei haben sich in den letzten Jahren die Standpunkte längst faktisch angenähert, da beide Seiten einsehen mußten, daß Außen- und Innenpolitik, nicht nur im KR, natürlich in einer Wechselbeziehung zueinander standen. Das KR lag schließlich nicht auf dem Mond, sondern war eingebettet in das europäische Staatensystem und im Zeichen zunehmender Globalisierung und Interdependenz allerlei äußeren Zwängen und Entwicklungstrends ausgesetzt, wie etwa der Weltwirtschaftskrise 1873-1895. Umgekehrt war die Art und Weise, wie das KR auf die Einflüsse von außen reagierte entscheidend durch die Herrschaftsverhältnisse im inneren bestimmt. Es ist dieses Spannungsverhältnis, diese Wechselbeziehung die den Hintergrund für die folgende Darstellung der deutschen Außenpolitik unter Bismarck liefert.

Die politische Führung hatte das neue Reich von vornherein mit einer schweren außenpolit. Hypothek belastet, die seinen Handlungsspielraum während seiner gesamten Lebensdauer erheblich einengte: die Annexion Elsaß-Lothringens. Das Deutsche Reich war aus drei siegreichen Kriegen Preußens hervorgegangen, was schon Belastung genug war, denn die gewaltsame Störung des Gleichgewichts Europas war nicht dazu geeignet,

internationales Vertrauen in die neue Großmacht zu schaffen. Immerhin aber hatte Bismarck nach den beiden ersten Kriegen soviel Mäßigung bei den Friedensregelungen bewiesen, daß das Mißtrauen nicht überhand nahm. Im Krieg von 1870/71 jedoch verhielt Bismarck sich anders.

Schon lange vor dem Krieg hatte die dte Nationalbewegung ein Auge auf das ehemals dte Elsaß geworfen. Bereits 1859 hatte GS-Chef Moltke in einer Denkschrift für den Fall eines Krieges mit F das Elsaß als Siegespreis gefordert. Wie Josef Becker nachgewiesen hat, bewegte sich Bismarck spätestens seit 1869 in die gleiche Richtung. Dabei trieb ihn nicht etwa romantischer Nationalismus, sondern knallharte Machtpolitik. Bismarck war nämlich der Überzeugung, daß es mit Frankreich niemals dauerhaften Frieden geben könne. Wenn die franz. Nation schon Preußens Sieg bei Königgrätz als Beleidigung auffaßte, wie sollte es dann jemals eine eigene Niederlage verzeihen. Der sonst so kluge und differenziert denkende Kanzler beging hier den folgenschweren Fehler, die ganze franz. Nation einfach mit den expansionsbessenen Chauvinisten der Rechten gleichzusetzen, die "Rache für Sadowa" verlangten. Doch wenn ein dauerhafter Ausgleich mit F nicht möglich war, dann brauchte das neue Reich zumindest geostrategische Sicherungen nach Westen. Demgemäß hieß es bereits am 21. August 1870 in einem Erlaß Bismarcks an den preuß. Botschafter in London:

"Die einzig richtige Politik ist unter solchen Umständen, einen Feind, den man nicht zum aufrichtigen Freund gewinnen kann, wenigstens etwas unschädlicher zu machen und uns mehr gegen ihn zu sichern, wozu nicht die Schleifung seiner uns bedrohenden Festungen, sondern nur die Abtretung einiger derselben genügt."

Bismarck traf sich hier ganz mit den Vorstellungen Moltkes, auch wenn es um Details der Forderungen gegenüber F. zu heftigen Streitigkeiten kam. Obendrein aber löste der dte Siegeslauf im August 1870 geradezu eine Annexionswut unter den Libs und den Nationalisten aus. Und schließlich wollte auch König Wilhelm diesmal einen substantiellen Siegespreis einfahren. Bismarck wäre also unter erheblichen Druck geraten, wenn er die Annexion nicht selbst verfolgt hätte. Bei all dem schwang unterschwellig der Haß auf Frankreich mit, der sich über Generationen seit den Überfällen Ludwigs XIV. und v.a. seit Napoleon aufgebaut hatte. Davon war wohl auch Bismarck nicht ganz frei. Doch Haß ist kein guter Ratgeber in der Politik.

Als Bismarck nach der Schlacht von Sedan den franz. Unterhändler Jules Favre mit seinen Annexionsforderungen konfrontierte, löste er den Volkskrieg aus, der die Kämpfe um Monate verlängerte. Aus der Sicht der polit. und milit. Führung bewies das aber nur noch mehr, wie notwendig dauerhafte strateg. Sicherungen gegen den unruhigen Nachbarn im Westen waren. So kam schließlich zum Elsaß auch noch ein erheblicher Teil Lothringens mit der Festung Metz hinzu. Moltke hätte am liebsten noch Belfort dazu genommen, doch das wußte Bismarck zu verhindern.

Als am 10. Mai 1871 in Frankfurt/Main der endgültige Friedensvertrag

unterzeichnet wurde, mußte F. nicht nur Reparationszahlung in Höhe von 5 Milliarden Goldfrancs und die vorläufige Besetzung seiner östlichen Landesteile hinnehmen, sondern eben den Verlust von zwei Provinzen einschließlich einer zahlreichen franz. sprachigen Bevölkerung. Dies konnte Frankreich nur als Raub betrachten, denn die annektierte Bevölkerung wurde nicht gefragt, und es scheint sogar unwahrscheinlich, daß selbst die deutschsprachigen Elsässer mehrheitlich dem Deutschen Reich beitreten wollten. Mit diesem Raub aber hatte die deutsche Führung einen Ausgleich mit F. auf Dauer unmöglich gemacht. F. würde nun immer gegen das Reich stehen. Die inhärente Feindschaft Frankreichs wurde fortan zu einer Konstante der deutschen Außenpolitik, die den Handlungsspielraum begrenzte und zu permanenten Sicherungsmaßnahmen gegen den westlichen Nachbarn zwang. Die Schwächung und Isolierung Frankreichs blieb deshalb Bismarcks außenpolit. Ziel.

Darüber hinaus aber kostete der Raubzug in Frankreich dem neuen Reich von vornherein viel Kredit im übrigen Europa. Der bedrohlich hervorgetretene Expansionismus der neuen Großmacht beunruhigte die europ. Öffentlichkeit und die anderen Staaten. In GB erklärte der konserv. Oppositionsführer Benjamin Disraeli bereits am 9. Februar 1871 vor dem Unterhaus, daß dieser Krieg die deutsche Revolution bedeute und ein größeres politisches Ereignis sei als die franz. Revolution des vorigen Jahrhunderts. Die überkommene Auffassung von Diplomatie sei hinweggeschwemmt worden. Das Gleichgewicht der Kräfte völlig zerstört worden und GB würde darunter am meisten zu leiden haben. Dies war natürlich eine innenpolit. motivierte Attacke auf die Inaktivität der lib. Regierung Gladstone, und Bismarck hat sie auch als solche aufgefaßt. Doch Disraeli sprach auch die Besorgnisse vieler Menschen in Europa aus.

Auch Bismarck wurde sich allmählich der Tatsache bewußt, daß die deutsche Politik zu weit gegangen war. Aber an eine Rückgabe der eroberten Provinzen war innenpolitisch nicht zu denken. Überhaupt zeigte sich in der ganzen E-L-Frage, daß die Staatsräson eben doch nicht das alleinige Prinzip der angeblichen Realpolitik war. Innenpolit. Überlegungen und Zwänge spielten hierbei von Anfang an eine zentrale Rolle. Aber Bismarck bemühte sich nun, den Schaden zu begrenzen. Sehr zum Ärger der NL und anderer Nationalisten, die gerne noch Deutsch-Österreich und vielleicht das Deutsch. durchsetze Baltikum erworben hätten, verkündete der Kanzler fortan immer wieder, daß das Reich "sättigt" sei, also keine neuen Erwerbungen anstrebe. Dies wurde nun für Jahre zur obersten Maxime der Bismarckschen Politik nach außen, um das internationale Vertrauen wiederherzustellen. Doch der damit angestrebte Versuch, auf der neuen Basis die Balance zu halten, erwies sich als enorm schwierig.

Immerhin gelang nun die Annäherung an das Habsburgerreich, das seit den Reformen von 1866 Österreich-Ungarn hieß. Bismarck verstand sich glänzend mit dem Ministerpräsidenten Graf Julius Andrássy, einem Ungarn, der noch 1849 zum Tode verurteilt worden war. Andrássy fiel es leichter als seinem

dt-österr. Vorgänger Graf Beust, sich mit der Abtrennung von Dtlnd abzufinden. So fiel denn die Politik der Satturiertheit in Wien auf fruchtbaren Boden und erlaubte ein Aufeinanderzugehen, das 1879 im Abschluß des Zweibundes gipfelte.

Doch dies war nur ein schwacher Trost angesichts der potentiellen Bedrohung, der sich das Reich ausgesetzt sah. Die Geographie positionierte dieses Reich in die Mitte Europas. Damit aber bestand theoretisch die Gefahr, dass es von allen Seiten angegriffen werden konnte. Mit Ö-U hatte man sich einstweilen verständigt. Doch von F. war in keinem Falle Gutes zu erwarten. Was aber sollte geschehen, wenn F. mächtige Bündnispartner gegen das Reich fand? Bereits am 27. April 1871 hatte in Moltke in einer Denkschrift die Aussichten für den schlimmsten Fall durchgerechnet: einen Zweifrontenkrieg gegen F und R. Das Ergebnis war ernüchternd. Zwar würde sich das Reich verteidigen können, doch ein entscheidender Sieg über diese Gegner war ausgeschlossen. So war es denn kein Wunder, daß Bismarck fortan von einem "cauchemar des coalitions" verfolgt wurde. Ein Zusammengehen zwischen F und R mußte unbedingt verhindert werden.

Im Oktober 1873 gelang es immerhin, mit Ö-U und R ein sogenanntes Dreikaiserabkommen zu unterzeichnen. Doch diese Vereinbarung blieb vage. Das Verhältnis zu R blieb in der Schwebe, zumal die dortige Regierung zu erkennen gab, daß sie durch die neue dte Vormachtstellung auf dem Kontinent beunruhigt war. Bismarck verstand sich auch nicht mit dem eitlen Fürst Gortschakow, von dem er sagte; "Er kann keine Pfütze überschreiten, ohne sich darin zu spiegeln."

In dieser Situation war für die dte Führung äußerst unangenehm, daß sich F erstaunlich schnell von der Kriegsniederlage erholte. Das innere Chaos blieb aus. Stattdessen kam F. nicht nur seinen Reparationszahlungen überpünktlich nach, sondern begann sofort mit der Wiederaufrüstung. Nach dtem Vorbild wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, und im März 1875 verabschiedete die Nationalversammlung ein Kadergesetz, das die Armee erheblich ausbaute. Die regierungsnahе dte Zeitung "Post" veröffentlichte darauf hin einen Artikel mit dem drohenden Titel: "Ist der Krieg in Sicht?" Die Folge war eine wahre Kriegshysterie unter den national gesinnten Kreisen. Aber auch Moltke sah nun die Gelegenheit gekommen, von Bismarck einen Präventivkrieg gegen F zu verlangen, bevor die dortige Aufrüstung fertig sei. Im Übrigen wollte der GS-Chef das seiner Ansicht nach 1871 unvollendete Werk zu Ende führen. Intern lehnte Bismarck dieses Ansinnen entschieden ab, und Moltke fügte sich. Doch nach außen ließ der Kanzler die Kriegsdrohung über F. schweben. Doch er hatte sich verkalkuliert. GB und v.a. Gortschakow ließen den Kanzler unmißverständlich wissen, daß sie eine weitere Schwächung Fs. nicht zulassen würden. B. hatte sich die Finger verbrannt. Ihm waren die Grenzen aufgezeigt worden.

Die Krieg-in-Sicht-Krise hatte in bedrohlicher Weise gezeigt, daß Fs. Wiedererstarken nicht verhindert werden konnte. Überdies aber fand die bis

dahin isolierte Republik nun wieder Ansprechpartner in Europa. Gerade die Haltung Rs. mußte dabei zu denken geben.

Umso mehr war Bismarck fortan bemüht, seine Friedfertigkeit unter Beweis zu stellen. Dafür zündelten jetzt Andere in Europa. Noch 1875 begannen in Bosnien-Herzegowina Aufstände gegen die osmanische Herrschaft. Bald darauf brach auch in Bulgarien eine anti-osmanische Revolte aus. Im Frühjahr 1876 erklärten Serbien und Montenegro dem OR den Krieg, um den bedrohten Brüdern in B-H zu helfen. Der Balkan stand in Flammen. Die Hohe Pforte in Konstantinopel war jedoch zu keinen Kompromissen bereit und griff mit milit. Mitteln brutal durch. Die russ. Regierung sah nun die Chance gekommen, die Ergebnisse des Krimkrieges endgültig rückgängig zu machen. Im April 1877 erklärte R dem OR den Krieg und ging gemeinsam mit Rumänien auf dem Balkan vor. Nach harten Kämpfen, bei denen die russ. Armee nicht immer gut aussah, wurde ein entscheidender Sieg errungen. Die Russen standen vor den Toren Konstantinopels. So mußte das OR im Frühjahr 1878 den Frieden von San Stefano unterzeichnen, der ihm große Teile des Balkans nahm und Bulgarien als russ. Klientelstaat die Unabhängigkeit verschaffte.

Bei seinem Balkanabenteuer hatte St. Petersburg die Interessen aller anderen europ. Mächte geflissentlich ignoriert. Der Vertrag von San Stefano setzte dem Ganzen nun die Krone auf, da R sich eigenmächtig auf die Meerengen zubewegte. Das mußte GB auf den Plan rufen und betraf auch österr. Interessen. Europa stand am Rande eines Krieges zwischen GB, vielleicht auch Ö-U und R. All dies wurde durch die permanenten brit-russ. Spannungen in Zentralasien (Persien, Afghanistan) weiter angeheizt. R. suchte deshalb Verbündete, weshalb Gortschakow Bismarck schon zu Beginn der Balkankrise im Jahre 1876 Bismarck unmißverständlich zu verstehen gab, daß der Zar bald die aktive dte Dankbarkeit für Rs wohlwollende Neutralität während der Einigungskriege einfordern werde.

Damit geriet Bismarck in ein furchtbares Dilemma, denn keinesfalls wollte er zwischen R und GB wählen müssen und dabei den Verprellten in die Arme Fs. treiben. Ein Bündnis mit R, das innenpolitisch bei den Libs und der Linken enorm unpopulär war, mußte überdies das Verhältnis zu Ö-U zerstören. So blieb nur das Lavieren.

In dieser Lage hat Bismarck seinem Sohn Herbert bei einem Kuraufenthalt in Bad Kissingen die Grundlagen seiner weiteren Außenpolitik diktiert. Das berühmte Kissinger Diktat vom 15. Juni 1877 ging von der festen Überzeugung aus, daß die Rivalitäten zwischen GB und R unüberwindbar seien. Diese Einschätzung, die seine Nachfolger zu fatalen Fehlentscheidungen verführte, machte Bismarck zur Grundlage seiner Politik. Es komme darauf an, einen Krieg zwischen diesen Mächten zu verhindern, damit das DR sich nicht für eine Seite entscheiden müsse. Am besten wäre es, wenn beide Seiten eine Zwischenlösung fänden: Ägypten für GB, das Schwarze Meer für R, dazwischen die Reste des OR. Dann würden die

Spannung auf Sparflamme weiterkochen und beide Seiten zwingen, sich mit dem DR gut zu stellen. Um die Lage weiter zu verbessern müsse man Ö-U nach Osten orientieren und damit R auf den Hals jagen, sodaß R dter Unterstützung bedürfe. Über Ägypten würden sich zudem GB mit F dauerhaft zerstreiten. Insgesamt sei das Ziel "nicht das irgend eines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden."

Es war also ein höchst kompliziertes Intrigenspiel, auf das sich Bismarck einließ, um den "chauchemar des coalitions" zu bannen. Doch in diesem Spiel hat er sich verfangen, weil diese Politik rein defensiver Natur war und er das Gesetz des Handelns anderen überließ. Im Grunde vollzog Bismarck damit nach außen wie gleichzeitig nach innen die große konservative Wende. Doch eine Politik des Stillstandes auf der Grundlage der Saturiertheit konnte nicht lange funktionieren. Die Gährungsprozesse im europ. Mächtesystem, die tektonischen Verschiebungen der ökonomischen Grundlagen und wachsende Enttäuschung von immer mehr innenpolit. Interessengruppen über Bismarcks Status-quo-Politik schufen einen zu großen Veränderungsdruck.

Wohin die Reise wirklich ging, deutete sich bereits im Sommer 1878 an, als sich die führenden Staatsmänner Europas in Berlin zu einem Kongreß trafen, um die Spannungen auf dem Balkan zu entschärfen. Bismarck hatte großspurig verkündet, daß er als "ehrlicher Makler" auftreten werde, um den Frieden zu sichern. Tatsächlich wurden zahlreiche Übereinkünfte getroffen, wobei sich die Mächte auf Kosten des OR schadlos hielten. Disraeli sicherte GB Zypern und war darüber ganz glücklich. Ö-U erhielt die Verwaltung über B-H, was Andrassy als schönen Erfolg verbuchen konnte. Serbien und Montenegro wurden endgültig souverän und auch Bulgarien erhielt seine Freiheit. Allerdings wurde der Staat um mehr als Drittel verkleinert, was das Vertrauen der Bulgaren in den russ. Beistand dauerhaft beschädigte. Die russ. Regierung fühlte sich vollends als Verlierer. Zwar gewann sie etwas Territorium hinzu, mußte aber die Gewinne von San Stefano weitgehend aufgeben. Der große Durchmarsch auf dem Balkan war rückgängig gemacht worden.

Aus der Sicht Gortschakows und des Zaren trug Bismarck die Schuld an diesem Rückschlag. Statt dem alten russ. Freund zu helfen, hatte der Kanzler die Briten zum eigentlichen Gewinner gemacht. St. Petersburg war schwer enttäuscht und das dt-russ. Verhältnis erhielt einen Knacks, der Folgen haben sollte.

Bei all dem hatte Bismarck sich außerdem noch selbst belogen. Zwar hatte er schon frühzeitig verkündet, der ganze Balkan sei nicht "die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert". Doch genau jetzt war der Zeitpunkt gekommen, wo auch das DR Interessen in diesem Gebiet entwickelte. Frhr. Colmar v.d. Goltz begann seine so überaus erfolgreiche Militärmission in Konstantinopel, und die dte Industrie entdeckte den

Balkanraum als wichtigen Absatzmarkt. Dies waren erste Schritte in Richtung Expansion, die von der Politik der Saturiertheit wegführten.

## 2. Das imperialistische Reich

Tatsächlich wurde unmittelbar nach dem Berliner Kongreß deutlich, daß sich die Politik der Saturiertheit auf Dauer nicht durchhalten ließ. Dieses Konzept war ja keineswegs dynamisch, sondern im höchsten Maße statisch. Es beruhte auf der Annahme, daß die allgemeinen Verhältnisse auf dem 1871 erreichten Zustand beharren würden, daß das neue Reich sich in dem nunmehr geschaffenen Gehäuse einrichten und sich ganz langsam fortentwickeln könnte. Für größere Veränderungen nach innen und außen war da kein Platz.

Doch nach 1873 und vollends ab 1875 brachen derartige Veränderungen mit Urgewalt über das Reich herein. Wie wir schon gesehen haben, kam es zu einer massiven und lang dauernden Weltwirtschaftskrise, die obendrein von einer gewaltigen Strukturkrise des europ. Agrarmarktes begleitet wurde. Gleichzeitig schritt die Industrialisierung und Verstädterung voran. All dies verschärfte den gesellschaftlichen Wandel und schuf enorme soziale Spannungen, wodurch das gesamte innenpolitische System in die Krise geriet. Theoretisch bestand die Möglichkeit, auf diese Verkettung von Krisen und Spannungen mit einer dynamischen Politik der Saturiertheit zu reagieren. Dies hätte eine defensive außenpolit. Grundeinstellung in Verbindung mit aggressiven wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reformen nach innen bedeuten können. Auf diese Weise hätte sich das Reich dem allgemeinen Strukturwandel positiv angepaßt und die ersten Schritte auf dem Wege zu einem demokratischeren, moderneren und primär industriell ausgerichteten Sozialstaat eingeleitet. Doch diese Option war Ende der 70er Jahre noch unrealistisch. Tatsächlich ist ja kaum ein anderer europ. Staat in jener Phase diesen Weg gegangen. Überall wurde auf die Weltwirtschaftskrise entweder mit einer konservativen Wende oder mit unbeirrtem Festhalten an überholten liberalen Vorstellungen reagiert. Namentlich in GB, aber auch in F, It. und sogar in den USA igelte sich das bestehende System sozusagen ein. Auch im DR waren die innenpolit. Voraussetzungen für einen dynamischen Aufbruch nicht vorhanden. Die Libs. waren nicht bereit, aus eigener Kraft Alternativen zur offensichtlich gescheiterten Laissez-faire-Politik zu entwickeln und spalteten sich stattdessen in verfeindete Lager. Die Sozis waren noch zu schwach, zu isoliert und auch nicht kompromißfähig genug, um Partner einer durchgreifenden Modernisierungspolitik zu sein. Das Zentrum war noch weitgehend sozialkonservativ ausgerichtet. Die konservativen Parteien aber erhielten Zulauf und wurden zu den wichtigsten Interessenvertretern des schwerindustriell-großagrarisches Solidarprotektionismus, der die Hauptverlierer der allg. Strukturkrise mit Hilfe staatlicher Intervention auf Kosten des Massenkonsums schützen wollte. Die neuen Industrien (Chemie,

Elektro), die in den 90er Jahren den Ausbruch aus der Krise anführten, steckten noch in den Kinderschuhen. Dem ohnehin eher konservativ eingestellten Kanzler blieb deshalb kaum eine andere Wahl, als sich innenpolit. mit den Kräften der Beharrung zu verbünden. All dies führte zur konservativen Wende des Jahres 1878.

Wenn aber innenpolit. statt dynamischer Reformen ein rückwärtsgewandter Konservierungskurs eingeschlagen wurde, dann mußten anderswo Ventile geöffnet werden, um den Veränderungsdruck abzufangen. Es paßte zu Bismarcks obrigkeitsstaatlicher Mentalität, dies mit den Mitteln des Interventionsstaats zu versuchen. Im Innern bedeutete dies polit. Repression einerseits (Sozialistengesetz) und antilibérale Sozialpolitik zur Linderung der Pauperisierungstendenzen im Proletariat andererseits. Nach außen bedeutete dies zunächst einmal Schutzmaßnahmen gegen das rauher gewordene Klima des Weltmarktes, also Schutzzölle für Schwerindustrie und Landwirtschaft. Doch dies reichte keineswegs aus, um die gesunkenen Absatzchancen für die deutsche Wirtschaft zu verbessern. Positive Maßnahmen zur Förderung des Exports mußten her. So wurden Ausfuhrsondertarife im Eisenbahn- und Kanalwesen erlassen, das weiterverarbeitende Exportgewerbe wurde begünstigt, es gab Direktsubventionen für den Bau von Überseedampfern, Unterstützungen für überseeische Bankfilialen, usw. Die Außenhandelspolitik setzte also auf eine Mischung von Protektion und Expansion. Dies mußte natürlich die Konkurrenzsituation mit anderen Volkswirtschaften verschärfen, denn der wirtschaftspolit. Egoismus ließ sich nur auf Kosten anderer durchführen. Dadurch aber entstand ein neues Spannungsfeld auf außenpolit. Gebiet, zumal andere Staaten ähnlich verfahren. Der weltweite Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffquellen wurde auf diese Weise für die internationale Politik prägend. Wer aber neue Märkte erobern will, kann sich nicht mehr als saturiert betrachten. Die sich daraus ergebenden Entwicklungen zeigen in exemplarischer Weise die enge Verzahnung zwischen Innen- und Außenpolitik auf, die das Gerede von irgendeinem Primat ad absurdum führen.

Natürlich stellte der Handel zwischen den am weitesten entwickelten Industrienationen das Zentrum des Welthandels dar. Auch das DR wickelte den Löwenanteil seines Außenhandels mit den europ. Nachbarstaaten, v.a. allem GB, aber auch den USA ab. Doch gerade hier stagnierten während der "Großen Deflation" Preise und Absatzchancen. Die allg. Tendenz zur Abschottung nach außen, die nur GB nicht wirklich mitmachte, verschärfte den ohnehin schon gnadenlosen internationalen Konkurrenzkampf. Vor diesem Hintergrund griff die neue deutsche Wirtschaftspolitik nicht recht. Waren 1880 noch Ausfuhren im Werte von 2,93 Mrd. Einfuhren im Werte von 2,814 Mrd. gegenübergestanden, rutschte die Handelsbilanz bis 1884 bei einer ziemlich geringen Steigerung der absoluten Zahlen in den negativen Bereich: 3,19 Mrd. : 3,236 Mrd. In dieser Lage konnte jedes noch so kleine Absatzgebiet, das vielleicht Entwicklungschancen besaß, von Bedeutung

werden. Doch wo sollten derartige Märkte liegen?

GB schien es der Welt vorzumachen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts verfügte das Inselreich über den größten Kolonialbesitz der Welt. Im Zentrum stand Indien, das PM Disraeli in jener Phase als "the jewel in the crown" bezeichnete. Dies war ein riesiger Markt, der der britischen Wirtschaft fast konkurrenzlos zur Verfügung stand. Dementsprechend überstiegen bereits Anfang der 80er Jahre die brit. Auslandsinvestitionen in Indien jene in ganz Europa. Kolonien erschienen deshalb vielen Kontinentaleuropäern als verlockender Ausweg aus der Krise.

Hinzu kam noch die Tatsache, daß die Krise in vielen europ. Staaten zu einer gewaltigen Auswanderungswelle führte. Die Zahlen sprechen für sich:

Die wichtigsten Auswandererländer Europas, 1871-1890

	1871-80	1881-90
Deutschland	626.000	1.342.000
Italien	168.000	992.000
Grossbritannien	1.849.000	3.259.000
Schweiz	36.000	85.000
Spanien	13.000	572.000

Doch während fast alle brit. Auswanderer den eigenen Kolonien, v.a. Kanada, Australien, NZ zugute kamen, gingen den anderen Ländern die Auswanderer verloren. Lag es da nicht nahe, wenn die Chance dazu bestand (Schweiz nicht), eigene Siedlungskolonien zu verlangen, um den Verlust an "Volkskraft", wie es zeitgenössisch hieß, aufzufangen?

In der Tat hat gerade das Problem der Auswanderung besonders in Dtland und Italien maßgeblich zur Entstehung einer kräftigen Kolonialbewegung beigetragen, die erheblichen Einfluß auf die Außenpolitik dieser Länder bis zum 1.WK und darüber hinaus nahm. In Dtland traten seit Ende der 70er Jahre zunehmend Propagandisten für eine aktive Kolonialpolitik auf. V.a. die Publizisten Friedrich Fabri und Wilhelm Hübbe-Schleiden taten sich in diesem Zusammenhang hervor. Mit zum Teil noch phantastischen Projekten, wie der Errichtung einer Kolonie in Südamerika, machten sie auf sich aufmerksam. Dabei verlangten sie im Kern - dem Geist der Zeit entsprechend - nach Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Siedlungsraum. Mit diesen Vorstellungen fanden sie in bürgerlichen Kreisen viel Anklang, denn koloniale Expansion versprach den Nationalisten nach vollendeter Reichseinigung ein neues Betätigungsfeld, während für die Libs sich hier ein Ausweg aus dem wirtschafts- und sozialpolitischen Dilemma anzubieten schien. So wurden denn v.a. die NL bald zur "deutschen Kolonialpartei sans phrase". Dennoch

handelte es sich bei der entstehenden Kolonialbewegung noch keineswegs um ein Massenphänomen. Auch arbeitete die deutsche Politik noch nach dem Honoratiorenprinzip. Aber diese Gruppierung war einflußreich, zumal Wirtschaftsinteressenten, wie Hamburger Handelshäuser, bereitwillig finanzielle Unterstützung leisteten. Dies war umso mehr der Fall, als sich die Aufmerksamkeit der Kolonialbewegung auf Afrika zu konzentrieren begann, wo einige Handelshäuser bereits tätig waren und riesige Gebiete weder staatl. organisiert noch kolonialer Herrschaft unterworfen waren. Deutsche Abenteurer und Entdecker, wie Carl Peters und Adolf Lüderitz, waren bereits vor Ort aktiv und wurden zudem zu führenden Propagandisten der Kolonialidee.

Bismarck, der kalte Realist, hielt jedoch von romantischen Kolonialschwärmereien gar nichts. Auch war er keineswegs davon überzeugt, daß Kolonien in Afrika unmittelbar einen Beitrag zur Behebung der wirtschaftl. Misere leisten konnten. Und ob die unwirtlichen Regionen Afrikas, die noch nicht unter kolonialer Herrschaft standen, wirklich Hunderttausende deutscher Emigranten aufnehmen konnten, erschien ihm zumindest zweifelhaft. V.a. aber fürchtete er, daß staatliche Kolonien enorme Kosten verursachen würden, ohne in absehbarer Zeit irgendeinen Gewinn abzuwerfen. All dies ließ Bismarck gegenüber den Kolonialenthusiasten äußerst skeptisch agieren. Ihm ging es nur um Wirtschaftsförderung, allerdings auch in Übersee. Bismarck förderte deshalb überseeische Aktivitäten, wenn sich das Engagement des Staates in klaren Grenzen hielt. Doch statt auf Kolonien setzte er bei der Erschließung neuer Gebiete für den Weltmarkt auf Freihandel.

Dies war an sich vernünftig, denn selbst Großbritannien steckte den größten Teil seiner Überseeinvestitionen nicht etwa in die Kolonien, sondern in freie Märkte, v.a. in Südamerika. Die Historiker Ronald Robinson und John Gallagher sprachen in den 1950er Jahren geradezu von einem informellen Empire, das bis in die 1880er Jahre für GB genauso wichtig gewesen sei wie die Kolonien. Die staatl. Ausgaben blieben in diesem Konzept minimal, während Risiko und Gewinn von privater Hand getragen wurden. In die gleiche Richtung wollte Bismarck gehen.

Doch die Verhältnisse entwickelten sich in eine andere Richtung. Gerade in jener Phase nämlich geriet die Politik des informellen Imperialismus an ihre Grenzen, als in Ägypten das Regime des Khedive, das bereitwillig mit den Europäern bei der Ausplünderung des eigenen Landes kollaboriert hatte, von einem großen Aufstand hinweggefegt zu werden drohte. In Sorge um den Suez-Kanal und die sonstigen Investitionen in Ägypten sah sich die brit. Regierung daraufhin genötigt, 1882 militärisch zu intervenieren. Damit wurde GB de facto zum Herren Ägyptens. Der koloniale Hauptrivale Frankreich, der bereits 1881 Tunesien besetzt hatte, verlangte wütend nach Kompensationen. Als diese nicht sofort angeboten wurden, begannen die Franzosen Druck auf britische Interessen in Westafrika auszuüben. Die Briten reagierten mit ersten Schritten, um ihre Interessen nach außen

abzuschotten, was den Prozeß zur Errichtung von neuen Kolonien einleitete. Damit begann der Wettlauf nach Afrika, an dem sich bald auch andere Mächte wie Italien und Belgien beteiligten. Dieser Prozeß verband sich nun mit den schon lange bestehenden brit.-russ Spannungen um die Meerengen und Zentralasien, sowie einem Wettlauf um die Aufteilung Ozeaniens. Es entstand ein regelrechtes Kolonialfieber, das in der Wissenschaft fälschlicher Weise immer noch als die Phase des Hochimperialismus bezeichnet wird (was war mit den vorangegangenen Jahrhunderten imperialistischer Expansion?).

In diesen Strudel wurde nun auch die dte Politik hineingezogen. Bismarck hatte die kolonialen Konflikte zunächst ganz gerne gesehen, konnte er doch hoffen, die expansionsbesessene Regierung Ferry in Paris vom "Loch in den Vogesen" abzulenken. In diesem Sinne rief Bismarck 1884 eine Botschafterkonferenz nach Berlin ein, die sich offiziell der Zukunft Afrikas widmen sollte, inoffiziell jedoch F und GB gegeneinander ausspielen sollte. Doch das Kalkül schlug fehl, weil nun auch dte Interessen auf dem Spiel standen. Bestand doch die Gefahr, bei der beginnenden Aufteilung des Kontinents gänzlich leer auszugehen, wenn man nicht mittat. Bismarck unterstützte deshalb schweren Herzens die Aktivitäten dter Abenteurer auf dem "schwarzen Kontinent". Auf diese Weise erwarb das DR in Togo, Kamerun, Südwestafrika und Ostafrika umfangreiche Kolonien. Ein Teil Neuguineas, ganze Inselgruppen und auch ein Teil Samoas kamen in der Südsee hinzu. Unter dem Jubel dter Spießbürger, Kolonialenthusiasten und Nationalisten war das Reich zur Kolonialmacht aufgestiegen.

Bismarck war jedoch keineswegs zum Kolonialenthusiasten konvertiert. Erneut war seine Politik vielmehr in hohem Maße innenpolitisch motiviert. Er wußte, daß er viele dte Bürger mit Kolonialerwerb ködern konnte. Außerdem ließen sich die NL auf diese Weise an die Regierung binden und damit ein konservativ-rechtsliberales Bündnis schmieden. So meinte denn der Kanzler in Bezug auf die RT-Wahlen von 1884: "Die ganze Kolonialgeschichte ist ja ein Schwindel, aber wir brauchen sie für die Wahlen."

Bei all dem hatte Bismarck anfänglich beabsichtigt, die Kolonien durch Privatgesellschaften verwalten zu lassen, um dem Staat Kosten zu ersparen. Doch diese Gesellschaften gingen schnell bankrott und waren auch nicht in der Lage, wiederholt ausbrechende Aufstände zu unterdrücken. Dtes Militär mußte intervenieren und dte Verwaltungsbeamte mußten die Organisation der Kolonien übernehmen. Die dte Wirtschaft zeigte obendrein wenig Interesse an den zumeist unwirtlichen, öden, bitter armen und unruhigen Territorien. So blieb dem Kanzler nur die Hoffnung, für die langfristige Zukunft Vorsorge getroffen zu haben. Die Errichtung des dten Kolonialreiches war so gesehen ein erneuter Akt von staatlichem Interventionismus. Der Übergang zum Imperialismus sollte jedoch nicht nur für die betroffenen indigenen Völker, sondern auch für das Reich fatale Folgen haben. Die exaltierte öffentliche Meinung bürgerlicher Imperialisten verlangte unablässig nach mehr, während Bismarcks Nachfolger nicht vor der Versuchung geveiht

waren, weitere Expansion zu versprechen.

Bismarck jedoch war von weiteren Kolonialabenteuern fortan kuriert. Die Errichtung der Kolonien hatte zu unerquicklichen Szenen mit der brit. Regierung geführt, nur Scherereien gemacht, Geld gekostet und versprach in absehbarer Zeit keine Rendite abzuwerfen. V.a. aber schuf eine aktive Kolonialpolitik nur zusätzliche diplomatische Komplikationen in einer Zeit, in der die Sicherheit des Reiches in Europa zunehmend infrage gestellt wurde.

Als ihm im Jahre 1888 der Afrikaforscher Eugen Wolff begeistert eine Karte vorlegte, die ein deutsches Kolonialreich in ganz Mittelafrica zeigte, entgegnete der Kanzler kühl:

“Schicke ich einen preußischen Leutnant da hinein, so muß ich u.U ihm noch mehrere nachschicken, um ihn herauszuholen. Das führt uns zu weit. Die englische Interessensphäre geht bis zu den Quellen des Nils, und das Risiko ist mir zu groß. Ihre Karte von Africa ist ja sehr schön, aber meine Karte von Africa liegt hier in Europa. Hier liegt Rußland und hier liegt Frankreich und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Africa.”

### 3. Das bedrohte Reich

“Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!” - Diesen Satz schleuderte Bismarck Anfang Februar 1888 unter dem Jubel von NL und Kons in den Deutschen Reichstag. Doch als Bismarck diese trotzigsten Worte sprach, waren sie eher ein Pfeifen im Walde denn Ausdruck kräftigen Selbstbewußtseins. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich nämlich ab, daß die sicherheitspolit. Situation des Reiches einer furchtbaren Bedrohung ausgesetzt war: der Gefahr eines Zweifrontenkrieges gegen Frankreich und Rußland. Unter diesen Umständen war es folgerichtig, daß Bismarcks Karte Afrikas in Europa lag. Ansonsten aber häufte der Kanzler Fehler auf Fehler.

Nachdem 1875 der Versuch gescheitert war, das Wiedererstarken Fs. durch Gewaltandrohung zu unterbinden, wuchs die milit. Kraft der Dritten Republik unaufhörlich. Auch der Ablenkungsversuch an die koloniale Peripherie hatte zu nichts geführt, da die Regierung Ferry sich als kurzlebig erwies und die radikalnationalist. Bewegung des Kriegsministers Georges Boulanger seit 1885 einen aggressiven Revanchekurs propagierte. Anfang 1887 kam es darüber fast zum Krieg. Die E-L-Frage vergiftete die dt-franz. Beziehungen also weiterhin.

So blieb der deutschen Außenpolitik nur die Option, F zu isolieren und sich Verbündete zu suchen. GB wäre hierfür der logische Partner gewesen. Doch mit seinen kolonialen Abenteuern hatte Bismarck London verärgert. Überdies aber wollte der Kanzler gar kein Bündnis mit dem inzwischen wieder liberal regierten Inselreich. Dies hatte allein innenpolit. Gründe, denn der Kanzler fürchtete, daß ein Zusammengehen mit GB die liberalen Kräfte im Reich stärken würde, zumal der Kronprinz und seine Ehefrau, die älteste Tochter der Königin Victoria, offene Sympathien mit den Libs hegten. Stattdessen

schloß Bismarck ein Bündnis mit Ö-U, dem 1882 Italien und 1883 Rumänien beitraten. Doch diese Konstellation war wenig stabil, da sowohl Italien als auch Rumänien wegen der jeweiligen Irredenta in der Doppelmonarchie gespannte Beziehungen zu Wien unterhielten.

Entscheidend war deshalb die Rolle Rußlands. Seit dem Berliner Kongress waren die Beziehungen zwischen St. Petersburg und Berlin getrübt, weil der Zar und seine Regierung sich durch den "ehrlichen Makler" um die Früchte ihres Balkankrieges betrogen glaubten. Erneut waren es innenpolit. Gründe, die entscheidenden Einfluß auf die Außenpol. nahmen und eine durchgreifende Wiederannäherung verhinderten. Im Interesse der großagrarischen Junker hatte Bismarck Getreidezölle eingeführt, die 1885 verdreifacht und 1887 noch einmal verdoppelt wurden. Dies aber traf Rußland hart, denn es ging hierbei um mehr als 20% der russ. Exporte. Mit diesen Exporten sollte ein Großteil der dringend notwendigen Modernisierungsmaßnahmen und der anlaufenden Industrialisierung finanziert werden. Kein Wunder also, wenn sich im Gefolge der dten Schutzzollpolitik eine ausgesprochene Germanophobie in R breitmachte.

Bismarck versuchte die negativen Auswirkungen seiner Zollpolitik durch diplomat. Kabinetttstückchen aufzufangen. So wurde 1884 das Dreikaiserbündnis mit Ö-U und R bestätigt - doch nur auf dem Papier. Als die Spannungen weiter gingen und die Boulanger-Krise die europ. Kriegsgefahr unter Beweis stellte, schloß Bismarck am 18. Juni 1887 mit R. den sogenannten Rückversicherungsvertrag ab. In einer geheimen Zusatzklausel versprach er dabei sogar die Unterstützung für die russ. Meerengenpolitik. Doch der von vielen Historikern später immer wieder gerühmte Draht Bismarcks nach St. Petersburg war nur eine Chimäre. In Wirklichkeit verschärften sich die Spannungen sofort wieder. Die russ. Aufrüstung, der Bau strateg. Eisenbahnlinien nach Westen und die wirtschaftliche Erstarkung des Zarenreiches beunruhigten die dte Öffentlichkeit und v.a. die Militärs. Als sich im Juli 1887 Bulgarien der russ. Bevormundung entledigte und St. Petersburg ein dt-österr. Komplott hinter dieser Entwicklung vermutete, sanken die dt-russ. Beziehungen erneut auf einen Tiefpunkt. Man sprach jetzt offen von Krieg. GS-Chef Moltke und sein designierter Nachfolger Graf Waldersee drängten Bismarck daraufhin zum Prävkrieg gegen R, wobei ihr Szenario ausdrücklich einen Zweifrontenkrieg gegen R und F vorsah. Empört wies Bismarck dieses Ansinnen von sich. Doch gegenüber dem preuß. KM bemerkte er düster:

"Nach Lage der europäischen Politik ist es wahrscheinlich, daß wir in nicht zu ferner Zukunft den Krieg gegen Frankreich und Rußland gleichzeitig zu bestehen haben werden."

So verfahren war die Lage nun. Bismarck glaubte in dieser Situation, R unter Druck setzen zu müssen und zumindest das wirtschaftl. und milit. Erstarken des Zarenreiches bremsen zu sollen. Im November 1887 ordnete die Reichsregierung die Sperrung des dten Kapitalmarktes für russ. Wertpapiere

an. Da Deutschland bis dahin der wichtigste Kreditgeber Russlands war, kam dies einer wirtschaftlichen Kriegserklärung gleich. Den Russen blieb somit nichts anderes übrig, als sich nach Paris zu wenden, wo man mit offenen Armen empfangen wurde. Das russ.-franz. Bündnis von 1894, der Alptraum der Koalitionen, zeichnete sich somit ab. Dementsprechend konstatierte der russ. Außenminister Giers im Nachhinein:

“Fürst Bismarck hat uns in die Arme Frankreichs getrieben, besonders ... durch seine Finanzmaßnahmen.”

So entstand noch zu Bismarcks Amtszeit, das muß man gegenüber der Legendenbildung betonen, jene Konstellation in Europa, die, wie der amerikan. Historiker George F. Kennan schreibt, in die Katastrophe des 20. Jahrhunderts führte - den Ersten Weltkrieg.